

Alles im Fluss!? Das deutsche Parteiensystem im Herbst 2012 und die Aussichten für die Bundestagswahl 2013

Niedermayer, Oskar

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Niedermayer, O. (2012). Alles im Fluss!? Das deutsche Parteiensystem im Herbst 2012 und die Aussichten für die Bundestagswahl 2013. *GWP - Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, 61(4), 477-487. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-96484-7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Alles im Fluss!? Das deutsche Parteiensystem im Herbst 2012 und die Aussichten für die Bundestagswahl 2013

Oskar Niedermayer



Oskar Niedermayer ist Professor für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin und Leiter des Otto-Stammer-Zentrums für Empirische Politische Soziologie. Seine Arbeitsschwerpunkte sind die Parteienforschung, die Wahlkampfforschung und die Analyse der politischen Orientierungen und Verhaltensweisen der Bevölkerung.

Zusammenfassung

Das deutsche Parteiensystem hat sich in den drei Jahren nach der Bundestagswahl 2009 deutlich verändert. Der Beitrag erläutert, wie diese Veränderungen aussehen, welche Erklärungen es dafür gibt und was dies für die Bundestagswahl 2013 bedeuten könnte. Es wird verdeutlicht, dass sich der langfristige Erosionsprozess der Volksparteien nach der Wahl nicht fortgesetzt hat, da sich die Union stabilisierte und die SPD wieder an Boden gewann. Allerdings sind die von der SPD zum Überflügeln der Union benötigten optimalen Bedingungen im inhaltlichen und personellen Bereich nicht gegeben, sodass aus heutiger Perspektive die Union bei der Wahl wahrscheinlich die Nr. 1 bleiben wird. Ob dies auch bedeutet, dass Angela Merkel Kanzlerin bleibt, hängt vom Abschneiden der kleineren Parteien ab, und darüber herrscht noch große Unsicherheit. Die FDP hat einen dramatischen Absturz in der Wählergunst erlebt, dessen personelle und inhaltliche Gründe erläutert werden, und ihr Verbleib im Bundestag ist unklar. Auch die Linkspartei musste deutlich Federn lassen, wird aber – wenn auch vielleicht wieder als ostdeutsche Regionalpartei – weiterhin im Bundestag vertreten sein. Unsicher ist, ob die Piraten den Einzug schaffen, während die Grünen sich zwar nicht als neue Volkspartei etablieren konnten aber eindeutig zur dritten Kraft im Parteiensystem geworden sind. Die unklare Situation führt zu unterschiedlichen Strategiemöglichkeiten und Regierungsoptionen, die im Beitrag diskutiert werden.

Die Bundestagswahl 2009 brachte für die beiden Volksparteien CDU/CSU und SPD ein katastrophales Ergebnis: Die Union erhielt 33,8 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen. Bezieht man die Stimmen auf die Gesamtheit der Wahlberechtigten, fragt man also nach dem Ausmaß der Mobilisierung des Wählerpotenzials, dann fiel die Union mit einem Anteil von nur noch 23,6 Prozent an den Wahlberechtigten auf das Niveau von 1949 zurück. Die SPD musste mit 23,0 Prozent der abgegebenen Stimmen das mit Abstand schlechteste Ergebnis ihrer Nachkriegsgeschichte hinnehmen und konnte nur noch 16,1 Prozent der Wahlberechtigten für sich gewinnen. Eindeutige Siegerin der Wahl war die FDP, die ihr Wahlergebnis von 9,8 auf 14,6 Prozent steigerte, aber auch die Linke und die Grünen konnten sich mit 11,9 Prozent bzw. 10,7 Prozent gegenüber 2005 verbessern. Das Wahlergebnis gab Anlass zu Diskussionen über das nahe Ende der Volksparteien, die FDP schien sich wieder als klare dritte Kraft etabliert zu haben und die Linke hatte die Grünen auf den

Volksparteien

Wählerpotenzial

dritte Kraft

Flexibilisierung des
Wahlverhaltens

letzten Platz verwiesen. In den drei Jahren nach der Wahl haben sich jedoch deutliche Veränderungen vollzogen, sodass das Parteiensystem im Herbst 2012 ganz anders aussieht. Wie diese Veränderungen aussehen, welche Erklärungen es dafür gibt und was dies für die Bundestagswahl 2013 bedeuten könnte, soll im Folgenden erläutert werden. Dabei kann es nicht darum gehen, eine möglichst eindeutige Prognose für den Wahlausgang zu liefern, denn dies ist mehr als ein Jahr vor der Bundestagswahl angesichts der Flexibilisierung des Wahlverhaltens der Bürgerinnen und Bürger nicht möglich.

1. Die Volksparteien sind noch nicht am Ende: Stabilisierung der CDU/CSU und Erholung der SPD

Nachfrageseite

In den Siebzigerjahren konnten die beiden Volksparteien zusammen über 90 Prozent der abgegebenen Stimmen und der Bundestagsmandate auf sich vereinigen. In den Achtzigerjahren ging diese Dominanz jedoch deutlich zurück und nach einer Stagnationsphase in den Neunzigern setzte sich der Erosionsprozess weiter fort, sodass sie 2009 nur noch knapp 57 Prozent der Stimmen bekamen und zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik weniger als zwei Drittel der Bundestagsmandate erhielten. Dies gab der in der Wissenschaft schon länger geführten Niedergangsdiskussion neue Nahrung. Die Apologeten eines nahen Endes der Volksparteien führten dabei eine Reihe von Gründen an, die sich vor allem auf längerfristige Prozesse bei den Rahmenbedingungen des politischen Wettbewerbs und auf seiner Nachfrageseite – also den Orientierungen und Verhaltensweisen der Wahlberechtigten – beziehen (z.B. die Erosion der traditionellen sozialen Milieus, aus der die Volksparteien ihre Stammwählerschaft rekrutieren, durch Prozesse des ökonomischen und sozialen Wandels). Die Stellung von Parteien im Parteienwettbewerb hängt jedoch auch von Faktoren der Angebotsseite des Wettbewerbs und damit auch vom personellen und inhaltlichen Angebot der Parteien an die Wähler ab. Einen wesentlichen Faktor in diesem Bereich bildet die Positionierung auf den beiden zentralen Konfliktlinien, die den Parteienwettbewerb in Deutschland prägen: dem ökonomischen Sozialstaatskonflikt zwischen den Grundwerten der sozialen Gerechtigkeit und Marktfreiheit und der gesellschaftspolitischen Konfliktlinie zwischen progressiv-libertären und konservativ-autoritären Wertesystemen.

Angebotsseite

Gerechtigkeit:
Marktfreiheit
progressiv-
libertäre :
konservativ-
autoritäre
Wertesysteme
Kernkompetenz

Für die beiden Volksparteien ist eine Positionsveränderung im Bereich des Sozialstaatskonflikts besonders problematisch, weil sie dort ihren „Markenkern“, d.h. ihre identitätsstiftende und wählerwirksame Kernkompetenz, haben. Bei der SPD ist dies ihre Sozialkompetenz und bei der Union ihre Wirtschaftskompetenz. Die Positionsveränderung der SPD auf dieser Konfliktlinie durch die von einem Teil ihrer Wähler zunehmend als Synonym für soziale Ungerechtigkeit wahrgenommene Agenda 2010 hat für die Partei zu einem Glaubwürdigkeitsproblem geführt, das sie nur schwer wieder abbauen konnte. Zudem resultierte daraus – durch die Westabsplaltung von der SPD in Gestalt der WASG und deren Zusammenschluss mit der bisherigen ostdeutschen Regio-

nalpartei PDS zur gesamtdeutschen Konkurrenzpartei DIE LINKE – eine Strukturveränderung des Parteiensystems, die ihr zusätzlich zu schaffen machte. Beide Volksparteien dürfen neben ihrer Kernkompetenz aber auch ihre komplementären Sekundärkompetenzen nicht vernachlässigen, wie die Union 2005 leidvoll erfahren musste, als ihre allzu neoliberale Ausrichtung den sozialstaatsaffinen Teil ihrer Wähler verschreckte. Die Entwicklung der Volksparteien ist somit kein „naturegebener“ Prozess, der zwangsläufig auf ihr Ende hinführt, sondern kann von ihnen selbst durchaus beeinflusst werden.

Sekundär-
kompetenzen

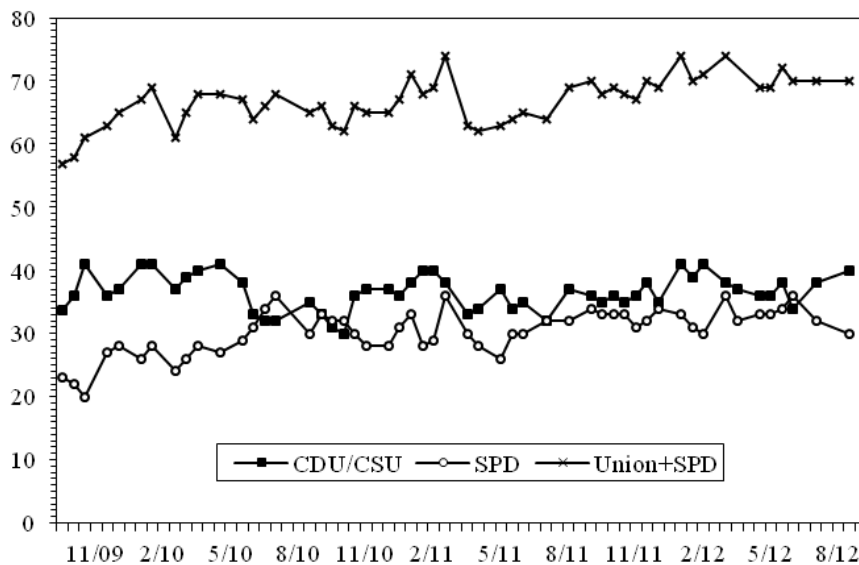
Der Verlauf der Wählerunterstützung für Union und SPD in den drei Jahren nach der Bundestagswahl 2009 zeigt, dass der Erosionsprozess in neuester Zeit auch nicht weiterging, im Gegenteil: Die politische Stimmung war im gesamten Zeitraum deutlich besser als das 2009er Wahlergebnis und der Trend zeigt eindeutig nach oben: Betrug der gemeinsame Stimmenanteil von CDU/CSU und SPD bei der Wahl knapp 57 Prozent, so lag er Mitte 2012 etwa 10 Prozentpunkte höher (vgl. Abbildung 1).

Nach der Wahl gewann man allerdings zunächst den Eindruck, dass vor allem die CDU ihre Wähler eher noch weiter enttäuscht hat, denn die von ihr geführte Regierung wurde als extrem zerstritten wahrgenommen, was sich in der Zufriedenheit mit der Regierungsarbeit durch die Bevölkerung deutlich niederschlug. Dies ist aber kein Sonderfall, da Regierungen wegen der von ihnen geweckten Erwartungen, die durch die konkrete Politik enttäuscht werden, in der ersten Hälfte der Legislaturperiode immer deutliche Popularitätseinbußen hinnehmen müssen. Allerdings traf die negative Bewertung diesmal vor allem die FDP, die für die Zerstrittenheit der Regierung verantwortlich gemacht wurde. Die CDU hingegen konnte ihre Werte in der politischen Stimmung etwas über ihrem Bundestagswahlergebnis stabilisieren und erhielt erst nach der Wahlniederlage bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2010 einen empfindlichen Dämpfer, der mit der heftigen öffentlichen Diskussion über die Vernachlässigung des konservativen Profils der Partei durch den Modernisierungskurs von Angela Merkel bis zum Herbst anhielt. In den Folgemonaten tat Angela Merkel alles, um die konservativen Wähler wieder an die Union zu binden, was sich auch positiv in den Umfragen niederschlug. Selbst der Popularitätseinbruch nach der Atomkatastrophe in Fukushima im März 2011 mit der nachfolgenden Energiewende und Wahlniederlage in Baden-Württemberg hielt sich noch in Grenzen, und ab dem Frühjahr 2012 konnte sich die CDU – trotz der immer wieder aufflammenden Streitereien unter den Koalitionspartnern – wieder etwas über ihrem Bundestagswahlergebnis stabilisieren, was vor allem an der immer besseren Beurteilung des EU-Krisenmanagements von Angela Merkel durch die Wähler lag.

CDU

Umfragen

Abb. 1: Politische Stimmung: CDU/CSU und SPD seit der Bundestagswahl 2009



Quelle: FGW-Politbarometer

SPD Die SPD verharrte nach dem Wahldesaster zunächst einmal in Schockstarre und rutschte in der Wählergunst noch weiter ab. Auf dem Bundesparteitag im November 2009 zog man dann personelle Konsequenzen: Sigmar Gabriel wurde neuer Vorsitzender und verordnete der Partei einen inhaltlichen Selbstversöhnungs- und Standortfindungsprozess, der vor allem zu einer (Teil-)Revision der Agenda 2010 führte. Ab Mitte 2010 zeigte sich die Partei wieder zuversichtlicher und vor allem geschlossener als zuvor, wozu auch die Ablösung der CDU/FDP-Regierung durch eine rot-grüne Minderheitsregierung nach der nordrhein-westfälischen Landtagswahl im Mai 2010 und der zur SPD-Alleinregierung führende Erdrutschsieg bei der Hamburger Bürgerschaftswahl im Februar 2011 beitrugen. Kurz darauf nagte zwar die Tatsache, nach der Baden-Württemberg-Wahl vom März 2011 in einer Koalitionsregierung mit den Grünen erstmals die Rolle des Juniorpartners spielen zu müssen, an ihrem Selbstbewusstsein, aber der rot-grüne Sieg bei der vorgezogenen NRW-Wahl im Mai 2012 glich dies wieder aus. Insgesamt konnte die SPD sich seit Anfang 2010 in der Wählergunst deutlich über ihrem Bundestagswahlergebnis stabilisieren und erreichte in der politischen Stimmung seit Mitte 2011 kontinuierlich Werte von 30 Prozent und mehr.

Allerdings gelang es der SPD nur selten, an die Union heranzukommen oder sie gar zu überflügeln. Ende August 2012 lag die Union wieder 10 Prozentpunkte vor der SPD. Dies ist zwar eine Momentaufnahme, zeigt aber, dass die SPD ein optimales inhaltliches und personelles Angebot braucht, um in der Wählergunst an die Union heranzukommen. In beiden Bereichen gibt es im Hinblick auf die Bundestagswahl 2013 jedoch Probleme: Inhaltlich ist mit dem

Rentenkonzept eine wesentliche innerparteiliche Streitfrage noch ungelöst. Zudem ist Angela Merkels Politik darauf ausgerichtet, der SPD innenpolitische Mobilisierungsthemen wie z.B. das Mindestlohnthema wegzunehmen. Außenpolitisch ist die Formulierung und vor allem Kommunikation einer klaren Gegenposition zum zentralen Thema, der Euro-Krisenpolitik von Angela Merkel, äußerst schwierig, da die Bürgerinnen und Bürger bisher eindeutig auf Merkels Seite stehen. Wie problematisch dieses Thema ist, zeigte sich Anfang August bei dem Vorstoß des SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel zu einer eigenständigen SPD-Position, der seitens des politischen Gegners mit dem Vorwurf der „sozialistischen Schuldenvergemeinschaftungspolitik“ beantwortet wurde, in der Bevölkerung auf deutliche Ablehnung stieß und zu einem Abrutschen Gabriels in der Bevölkerungsbewertung führte.

Mobilisierungsthemen

Personell stand die Klärung der Frage an, wer aus der bisherigen ‚Troika‘, die von vielen schon als Konservierung eines Führungsdilemmas wahrgenommen wurde, Angela Merkel herausfordern soll. Die Einigung auf einen Kandidaten, die nach althergebrachter Art durch eine Elitenentscheidung erfolgen sollte, war ursprünglich für nach der niedersächsischen Landtagswahl im Januar 2013 vorgesehen. Trotz zunehmenden Drucks wollte man sie zumindest bis nach der Klärung der Rentenfrage auf dem kleinen Parteitag Ende November 2012 offenhalten, wurde aber durch Gerüchte über einen Verzicht Frank-Walter Steinmeiers zum Handeln gezwungen, und am 1. Oktober 2012 nominierte der SPD-Vorstand einstimmig Peer Steinbrück zum designierten Kanzlerkandidaten. Das öffentliche Echo war zunächst überwiegend positiv: Man sah in ihm den stärksten Herausforderer von Angela Merkel, der durch einen aggressiven Wahlkampf die eigenen Leute mobilisieren und in der Mitte Wähler gewinnen kann. Allerdings muss er dazu inhaltlich ein breiteres Kompetenzspektrum aufbauen, den linken Flügel der eigenen Partei geschlossen hinter sich bringen und eine bessere Vertrauensbasis zu den Grünen herstellen. Wenige Tage nach seiner Nominierung geriet Steinbrück jedoch wegen seiner üppigen Nebeneinkünfte durch eine Reihe von Vorträgen in die Schlagzeilen. Ob ihm dies längerfristig schadet, bleibt abzuwarten.

Da keine der Volksparteien jedoch bei der Bundestagswahl 2013 die geringste Aussicht auf die absolute Mehrheit hat, kommt es für ihre Machtperspektiven auf das Abschneiden der kleineren Parteien an und dort hat sich seit der letzten Wahl sehr viel getan.

absolute Mehrheit

2. Die Karten werden neu gemischt: die ungewisse Zukunft der kleineren Parteien

Die FDP erlebte nach ihrem sensationellen Sieg bei der Bundestagswahl 2009 einen noch nie dagewesenen Absturz. Die Bewertung ihrer Regierungsarbeit durch die Bevölkerung brach im ersten Dreivierteljahr ihrer Regierungszeit dramatisch ein, die Partei verlor zwei Drittel ihres Wählerpotenzials und muss seit dem Sommer 2010 um ihren Verbleib im Bundestag fürchten (vgl. Abbildung 2). Zudem flog sie bei sechs der sieben Landtagswahlen vom März 2011

FDP

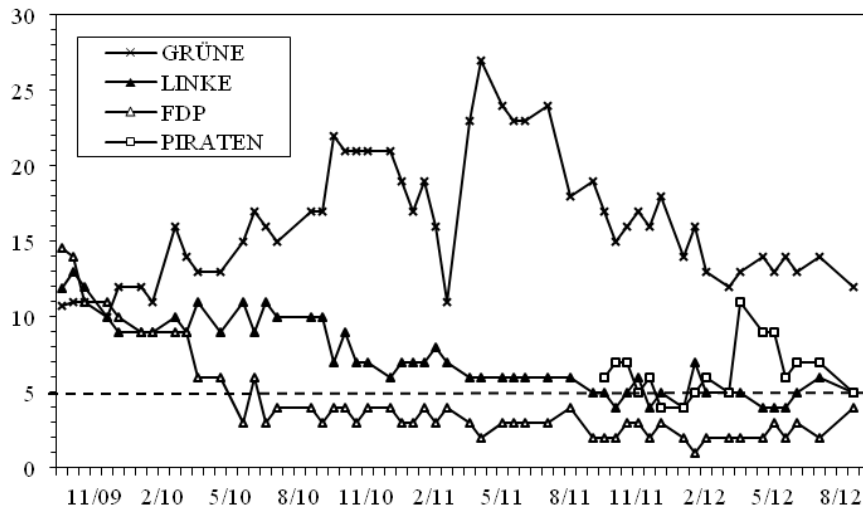
bis März 2012 aus den Landesparlamenten. Für diese dramatische Entwicklung sind sowohl inhaltliche als auch personelle Faktoren verantwortlich, die dadurch eng verwoben sind, dass der Vorsitzende Guido Westerwelle die FDP zu einer Einmannpartei machte. Er legte die FDP vor der Bundestagswahl auf eine fast ausschließliche Profilierung als Steuersenkungspartei fest und weckte damit – über die Kernwählerschaft der FDP hinaus – sehr hohe Erwartungen, die nach der Wahl enttäuscht wurden, als die Partei nur Verbesserungen für ihre Stammklientel durchsetzte. Zudem konnte Westerwelle nach Übernahme des Außenministeriums den ‚Amtsbonus‘ dieser Rolle bei der Beurteilung durch die Bevölkerung nicht für sich nutzen und wurde im Gegenteil immer schlechter bewertet. Die innerparteiliche Kritik führte schließlich dazu, dass Westerwelle auf dem Parteitag im Mai 2011 durch den damaligen Gesundheitsminister Philipp Rösler ersetzt wurde, der jedoch die Partei bisher auch nicht aus der Krise führen konnte und relativ schnell von der Bevölkerung noch schlechter beurteilt wurde als Westerwelle. Ob die Partei nach ihrem besseren Abschneiden bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, das ihren Spitzenkandidaten Wolfgang Kubicki und Christian Lindner und einer sich explizit von der Bundespartei distanzierenden Strategie zu verdanken ist, bundesweit wieder Tritt fasst, ist fraglich. Zwar haben sich die Umfragewerte etwas verbessert, aber gleichzeitig gehört im August 2012 mit Philipp Rösler ein FDP-Vorsitzender erstmals seit über 11 Jahren nach Meinung der Bürger nicht mehr zu den Spitzenpolitikern. Verliert die FDP im Januar 2013 die Landtagswahl in Niedersachsen, wird Rösler wohl sein Amt verlieren. Als Nachfolger steht der Fraktionsvorsitzende Rainer Brüderle bereit, dem man am ehesten zutraut, die FDP-Traditionswähler wieder an die Urne zu bringen.

Linkspartei

Auch die Linkspartei geriet nach ihrem Wahlsieg in einen Abwärtstrend, verlor bis zum Herbst 2011 die Hälfte ihres Wählerpotenzials und dümpelt seither an der Fünf-Prozent-Hürde. Hierfür waren sowohl personelle als auch inhaltliche Probleme verantwortlich. Die Führungsprobleme wurden durch den Rückzug Oskar Lafontaines aus den Ämtern des Fraktions- und Parteivorsitzenden verursacht und konnten durch die Wahl einer neuen Doppelspitze aus Gesine Löttsch und Klaus Ernst auf dem Parteitag im Mai 2010 nicht beendet werden. Der neuen Führung fehlte sowohl die für das Niederhalten parteiinterner Flügelkämpfe notwendige Autorität als auch die mediale Wirkungsmächtigkeit von Oskar Lafontaine und zudem geriet sie des Öfteren ins Kreuzfeuer der öffentlichen Kritik. Die dauernden Personaldebatten sorgten dafür, dass sich die Partei primär mit sich selbst beschäftigte, durch negative Schlagzeilen auffiel und in den inhaltlichen Diskussionen um die wichtigen Themen öffentlich nicht präsent war. Zudem lieferte das im Oktober 2011 nach jahrelangen Diskussionen auf dem Bundesparteitag beschlossene erste Grundsatzprogramm Munition für den Vorwurf, die Linke sei nicht regierungsfähig. Generell hat sie mit der Rollenfindung Schwierigkeiten, nachdem ihre Funktion als Protestpartei und Auffangbecken für von der Regierungsarbeit enttäuschte SPD-Anhänger durch die inhaltliche Neujustierung der SPD in der Opposition verloren ging. Nach dem Rücktritt von Gesine Löttsch und dem gescheiterten Rückkehrversuch Oskar Lafontaines auf dem turbulenten Parteitag im Juni

2012 sehen sich die neuen Vorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger einer Partei gegenüber, die in einer tiefen Krise steckt und deren westdeutsche Verankerung nach dem gescheiterten Wiedereinzug in zwei westdeutsche Landtage gefährdet ist, so dass eine Rückentwicklung zur ostdeutschen Regionalpartei nicht ausgeschlossen scheint.

Abb. 2: Politische Stimmung: kleinere Parteien seit der Bundestagswahl 2009



Quelle: FGW-Politbarometer.

Ganz anders verlief die Entwicklung bei den Grünen: Nach einer kurzen Durststrecke nach der Wahl war die Zeit vom Frühjahr 2010 bis zum Herbst 2011 für die Partei die erfolgreichste Periode ihrer Geschichte. Sie kletterte in der Wählergunst auf Werte von 20-25 Prozent, wurde schon als neue Volkspartei gehandelt, stellte zum ersten Mal einen Ministerpräsidenten und war mit ihrem Sieg bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern im September 2011 zum ersten Mal in allen 16 Bundesländern parlamentarisch vertreten. Allerdings hatten sich die Umfragewerte schon seit dem Sommer wieder verschlechtert, die Berliner Abgeordnetenhauswahl im September 2011 endete trotz Zugewinnen enttäuschend und nach weiteren Verlusten in der politischen Stimmung liegen sie Mitte 2012 wieder in etwa bei ihren Werten vom Frühjahr 2010. Diese Entwicklung lässt sich durch eine Kombination von lang- und kurzfristigen Faktoren erklären. Zum einen haben die Grünen schon seit einiger Zeit personell, organisatorisch, inhaltlich und koalitionsstrategisch die Voraussetzungen für ein besseres Abschneiden bei Wahlen geschaffen. Zum anderen wurde die Zunahme der Wählerunterstützung bis Mitte 2011 jedoch von Ausschlägen nach oben vorangetrieben, die alle auf einen Kurzfristfaktor zurückzuführen sind: die Konjunktur des zum grünen Identitätskern gehörenden und daher eine hohe Mobilisierungswirkung entfaltenden Atomkraftthemas – vom Frühjahr bis zum Herbst 2010 durch die Diskussion um und die Entscheidung für eine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke und im Früh-

Die Grünen

jahr 2011 durch die Atomkatastrophe in Fukushima und die Diskussion um die Energiewende. Nachdem das Atomthema in der öffentlichen Wahrnehmung von der Euro-Krise abgelöst wurde, ging die Unterstützung für die Grünen wieder zurück. Da die anderen beiden kleineren Parteien jedoch noch deutlich schlechtere Werte aufweisen, haben die Grünen eindeutig den Platz der ‚dritten Kraft‘ im Parteiensystem eingenommen. Diese Stellung wird ihnen wohl bis zur Bundestagswahl auch nicht zu nehmen sein, zumal die monatelangen Querelen um die Spitzenkandidatur(en) dadurch beendet wurden, dass zum ersten Mal in der bundesrepublikanischen Parteiengeschichte die Mitglieder über die Spitzenkandidaten entschieden.

Piratenpartei
Freie Wähler

Mit ihrem Sensationserfolg bei der Berliner Abgeordnetenhauswahl im September 2011 und dem Einzug in weitere drei Landtage hat die Piratenpartei als neue Kraft die politische Bühne betreten, die vor allem den kleineren Parteien Probleme bereitet. Allerdings sind ihre bundesweiten Umfragewerte Mitte 2012 deutlich zurückgegangen und die Probleme der Partei, die aus der Diskrepanz zwischen ihrem durch Transparenz und Basispartizipation gekennzeichneten Selbstverständnis und den Regeln der parlamentarischen Demokratie und der Mediengesellschaft resultieren, zeigen sich immer stärker. Daher besteht zwar die Möglichkeit, dass die Piraten 2013 in den Bundestag einziehen, sicher ist es jedoch nicht. Deutlich geringer noch sind die Chancen für eine weitere neue Partei, die seit dem Februar 2010 als bundesweite Partei auftretenden Freien Wähler. Sie wollen sich als populistisches Sprachrohr der Kritiker des Euro-Rettungskurses profilieren, finden jedoch bisher bei den Bürgern keinen Widerhall.

3. Die unsichere Machtperspektive: Wer regiert nach der Bundestagswahl 2013?

Den größten Unsicherheitsfaktor in der Zeit bis zur Bundestagswahl im Herbst 2013 bildet die Eurokrise. Sollte es hier nicht zu dramatischen Entwicklungen kommen, ist es angesichts des bisherigen Verlaufs der Umfragewerte von Union und SPD wahrscheinlich, dass die SPD sich gegenüber ihrem Wahlergebnis von 2009 zwar deutlich verbessert, die Union aber die Nr. 1 bleibt. Dies bedeutet aber nicht, dass Angela Merkel auch Kanzlerin bleibt, denn die Machtperspektiven der beiden Volksparteien hängen vom Abschneiden der kleineren Parteien ab, und über deren Zukunft herrscht ein Jahr vor der Wahl noch große Unsicherheit.

Vollkommen sicher scheint der Verbleib im Bundestag nur für die Grünen, der Linkspartei werden aufgrund ihrer Stammwählerschaft im Osten der Republik deutlich größere Chancen eingeräumt als der FDP, sicher ist er jedoch für beide nicht, und auch die Piraten müssen noch um den Einzug kämpfen. Für alle drei Parteien wird die Landtagswahl im Januar 2013 in Niedersachsen eine große Rolle spielen, da damit der Tenor der Medienberichterstattung über die Chancen der Parteien für die Bundestagswahl gesetzt wird und Sieg oder Niederlage ihre psychologischen Wirkungen auf die Parteien und ihre Anhänger entfalten werden.

Diese Unsicherheit bedeutet, dass aus heutiger Sicht mehrere Wahlausgänge mit unterschiedlicher Zahl der im Bundestag vertretenen Parteien und unterschiedlichen Möglichkeiten der Regierungsbildung denkbar sind. Allerdings sind Koalitionen nach der Wahl mit zwei Parteien ziemlich sicher ausgeschlossen: mit der Linkspartei und mit den Piraten. Mit der Linkspartei, weil immer noch viele Funktionäre, Mitglieder und Wähler der SPD und auch der Grünen diese Partei noch nicht als normale demokratische Partei ansehen, sodass sie eine Koalition mit dieser Partei auf der Bundesebene grundsätzlich ablehnen. Da nützt es auch nichts, wenn man sich in vielen inhaltlichen Fragen relativ nahe steht und die beiden neuen Vorsitzenden der Linkspartei eine – in der Partei umstrittene und an viele Bedingungen geknüpfte – grundsätzliche Bereitschaft für Rot-Rot-Grün erkennen lassen. SPD und Grüne können vor der Wahl ein solches Bündnis nicht propagieren, ohne den Verlust eines Teils ihrer Wählerschaft zu riskieren. Würde man vor der Wahl eine Koalition ausschließen und sie nach der Wahl dennoch eingehen, dann würde man sich ein dramatisches Glaubwürdigkeitsproblem bei den Wählern und innerparteiliche Zerreißproben einhandeln. Mit den Piraten wird es keine Koalition geben, weil die ihre Grundsätze der permanenten Rückbindung von politischen Entscheidungen an die Basis und der Ablehnung von Fraktionsdisziplin bis dahin noch nicht völlig aufgegeben haben werden und weil sie statt fester Koalitionen ein Modell der Bildung von ad-hoc-Mehrheiten oder allenfalls der fallweisen Tolerierung von Minderheitsregierungen propagieren. Damit sind sie für die anderen Parteien aber nicht regierungsfähig, weil man sich bei politischen Entscheidungen nicht auf sie verlassen kann.

Koalitionen

Nimmt man für FDP, Linkspartei und Piraten Anteile in der Größenordnung von je 4-6 Prozent und für die sonstigen, nicht im Bundestag vertretenen Parteien etwa 4 Prozent der Stimmen an, sind fünf unterschiedliche Szenarien möglich: (1) Die Überwindung der Fünf-Prozent-Hürde gelingt allen Parteien, d.h. wir haben ein 6-Parteiensystem. Dann braucht man etwa 48 Prozent der Stimmen, um eine sichere absolute Mandatsmehrheit im Bundestag zu haben. Das wird aus heutiger Sicht wahrscheinlich weder die Union mit der FDP noch die SPD mit den Grünen erreichen. Regierungsmehrheiten könnten dann nur gebildet werden mit einer Großen Koalition, einer Koalition aus Union und Grünen oder einer Dreierkoalition unter Einbeziehung der FDP („Ampel“ oder „Jamaika“). (2) Die FDP bleibt unter der Fünf-Prozent-Hürde. Dann braucht man für die absolute Sitzmehrheit noch etwa 46 Prozent der Stimmen. Dies scheint für Rot-Grün prinzipiell noch erreichbar, allerdings nur unter optimalen Bedingungen. Die rechnerischen Alternativen sind dann die Große Koalition oder Schwarz-Grün. (3) Die Piraten bleiben unter der Fünf-Prozent-Hürde. Dann gilt für Rot-Grün und die Alternativen das Gleiche wie bei Alternative 2 und auch eine Mehrheit für Union und FDP ist nach den neuesten Zahlen nicht völlig ausgeschlossen. (4) Die Linkspartei bleibt unter der Fünf-Prozent-Hürde. Das würde an den bisherigen Szenarien nicht viel ändern. Die FDP konnte nach 1990 bei keiner einzigen Bundestagswahl ein Direktmandat erringen und auch 2013 scheint dies ausgeschlossen, so dass sie bei einem Ergebnis unter 5 Prozent keine Abgeordneten in den Bundestag entsenden wird. Das Gleiche gilt für die Piraten. Die Linkspartei jedoch gewann 2009 in Ost-

fünf
unterschiedliche
Szenarien

deutschland 16 Direktmandate und sie wird auch 2013 problemlos mindestens drei Direktmandate erringen, sodass sie auch bei einem Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde mit so vielen Abgeordneten im Bundestag vertreten bleibt, wie ihrem Stimmenanteil entsprechen. (5) Die FDP und die Piraten (und die Linke) bleiben unter der Fünf-Prozent-Hürde. Dann gibt es drei Regierungsalternativen: Rot-Grün, Schwarz-Grün oder die Große Koalition.

Risiko oder
Absicherung

Optionen: offen
oder Lagerwahl

Aus dieser Konstellation ergeben sich für alle an den Koalitionsbildungen prinzipiell beteiligten Parteien zwei unterschiedliche Strategieoptionen: Risiko oder Absicherung. Eine Risikostrategie bedeutet, man setzt vollkommen auf die inhaltlich gewünschte Koalitionsalternative und schließt andere Koalitionsoptionen (bis auf die in Deutschland als letzter Ausweg immer gegebene Große Koalition) definitiv aus, eine Absicherungsstrategie bedeutet, man macht im Wahlkampf zwar seine Koalitionspräferenz eindeutig klar, hält sich aber andere Optionen prinzipiell offen. Der Vorteil einer Risikostrategie – also eines Lagerwahlkampfes zwischen Schwarz-Gelb und Rot-Grün – besteht darin, dass den Wählern klare Alternativen geboten werden und sie mit ihrer Wahlentscheidung auch eindeutig die Zusammensetzung der Regierung bestimmen, was wahrscheinlich zu einer größeren Mobilisierung des jeweiligen Wählerpotenzials führen würde. Der Nachteil besteht in der unsicheren Machtperspektive und für die beiden kleineren Parteien in der Tatsache, dass ein Scheitern den definitiven Ausschluss von der Regierungsmacht bedeutet.

Große Koalition

Ampelkoalition

Für die Union hat eine Risikostrategie einerseits eine geringere Aussicht auf Erfolg als für die SPD, da eine Mehrheitsperspektive für Schwarz-Gelb noch unwahrscheinlicher ist als für Rot-Grün, andererseits hat ein Scheitern dieser Strategie für sie weniger negative Konsequenzen, da sie in einer Großen Koalition zwar mit einem stärkeren Partner zusammenarbeiten müsste, aber immer noch die Kanzlerin stellen könnte. Die SPD hingegen würde sich als Juniorpartner erneut in einer für sie traumatischen Situation wiederfinden. Daher beteuert sie zwar ihre Absicht, einen rot-grünen Machtwechsel herbeiführen zu wollen, scheut jedoch momentan noch vor einer konsequenten Risikostrategie zurück und hält sich intern die Hintertür einer Ampelkoalition mit der FDP offen. Dies wird im Wahlkampf jedoch zu einem strategischen Dilemma führen, da man den heimlichen möglichen Partner öffentlich zum Hauptgegner stilisieren muss, um – zusammen mit einer auf die Minimierung des Stimmenanteils der Piraten gerichteten Grünen-Strategie – die rot-grünen Machtchancen zu maximieren. Zudem haben die Grünen eine Koalition mit der FDP schon abgelehnt und auch bei der FPD wird die Ampel bisher nur von wenigen Vertretern ins Gespräch gebracht, denen es darum geht, die Gefahr eines Machtverlusts trotz des erhofften Wiedereinzugs in den Bundestag zu verringern.

Da sie sich ihres Koalitionspartners nicht mehr sicher sein kann, besteht auch bei der Union ein Anreiz, sich durch das prinzipielle Offenhalten einer Koalition mit den Grünen abzusichern, vor allem auch, weil aus Sicht der Union der wesentliche inhaltliche Hinderungsgrund, die Atomkraftfrage, mittlerweile ausgeräumt ist. Von den Grünen ist eine solche Option immer wieder diskutiert worden und sie wäre strategisch auch geboten, um für den Fall, dass es für Rot-Grün nicht reicht, eine alternative Machtperspektive zu haben oder

zumindest, um den Preis für Rot-Grün hochtreiben zu können. Nach dem Scheitern von Schwarz-Grün in Hamburg und Jamaika im Saarland sowie dem Denkwort für das Nicht-Ausschließen eines Bündnisses mit der CDU bei der Berliner Abgeordnetenhauswahl im September 2011 besteht hierfür in der Partei jedoch wenig Neigung, auch wenn eine Regierungsbeteiligung wohl für das jetzige grüne Führungspersonal die letzte Chance auf einen Ministerposten bedeutet.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass bezüglich der Gestalt des Parteiensystems und der Aussichten für die Bundestagswahl 2013 zwar nicht alles, aber doch vieles im Fluss und nur eines sicher ist: Es wird spannend werden.